



Es sind viele Baustellen im Bildungsbereich, die uns in diesem Jahr beschäftigt haben und die uns auch im kommenden Jahr beschäftigen werden. Zu diesen Baustellen gehören die flächendeckende Einführung der Ganztagsbetreuung an Schulen, die Umsetzung der Inklusion, die Lehrer_innen-Ausbildung, das Arbeitszeitmodell (AZM) sowie die Situation der Vorschulclassenleitungen. Wir werden auch im nächsten Jahr mit konkreten Maßnahmen, die aktuell vorbereitet werden, auf die Fehlentwicklungen in der Hamburger Bildungslandschaft hinweisen, so dass die politisch Verantwortlichen am Ende nicht sagen können, davon hätten sie nichts gewusst.

Die flächendeckende Einführung der Ganztagsbetreuung an Schulen und die sich abzeichnenden Bedingungen sind insbesondere im Zusammenhang mit Inklusion das beherrschende Thema. Dabei geht es in der öffentlichen Auseinandersetzung häufig um die pädagogischen Zielsetzungen und die Struktur des Ganztags. Weniger geht es um die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sowie die soziale Absicherung der Beschäftigten. Um der Vielfalt der Berufsgruppen, die in den verschiedenen Ganztagsformen arbeiten, gerecht zu werden, haben wir auf dem Gewerkschaftstag differenzierte Forderungen beschlossen (siehe letzte HLZ). Im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses wollen wir im Januar Informationen und Hilfestellungen liefern, damit die Beschäftigten eine Handhabe bekommen, um sich gegen Mehrbelastungen zu wehren. Wir wollen nämlich, dass der Ganztags gelingt, aber

nicht auf Kosten der Gesundheit unserer Kolleg_innen und nicht zu Lasten der Bildungsmöglichkeiten der uns anvertrauten Kinder!

Dringend erforderlich ist eine personelle Verstärkung in der inklusiven Schule. Senator Ties Rabe interpretierte den Zwischenbericht der Untersuchung über die gestiegene Anzahl der Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf so, dass man im Prinzip nur die statistischen Erhebungsverfahren verändern muss, „klarere Maßstäbe“ für Diagnose und Förderpläne entwickeln sollte und dann käme man wieder auf die von ihm gewünschten niedrigeren Zahlen. Dabei ist nach dem Zwischenbericht festzuhalten, dass es nun realistische Zahlen über die Anzahl der Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt. Dabei liegt Hamburg mit 6,64 Prozent nur knapp über dem Bundesdurchschnitt von 6,3 Prozent. Im Zwischenbericht

Aufgrund der unzumutbaren Zustände in der zweiten Phase der Lehrer_innenbildung seit der Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst (VVZS) im letzten Jahr werden wir uns in der nächsten Zukunft verstärkt mit diesem Thema beschäftigen. Bedarfsdeckender Unterricht ab dem ersten Tag des Referendariats ohne ausreichende Einführung führt nicht zu guter Ausbildung, sondern zu Überlastung bereits bei den Referendar_innen. Bei einem ersten Treffen des neu eingerichteten Netzwerkes „Lehrer_innenbildung 2014“ waren Vertreter_innen der Jungen GEW, des Ausschuss der Studierenden, des Personalrats der Referendar_innen, des Referats D und weitere Kolleg_innen aus den verschiedenen Bereichen erschienen. Ziel verschiedener Veranstaltungen ist es, die Zustände publik zu machen.

Auch das Arbeitszeitmodell (AZM) ist weiter Thema, denn zehn Jahre sind mehr als genug. Eine Aktionsgruppe wird weitere Schritte und Maßnahmen entwickeln, die deutlich machen, dass mit dem Verstecken von Mehrarbeit endlich Schluss sein muss.

Außerdem ist die schlechte Bezahlung der Vorschulclassenleitungen nicht hinnehmbar. Ein nicht der Ausbildung entsprechendes Entgelt („kleine E 9“) und eine Zwangsteilzeit von 85%

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Regina Tretow

Fortsetzung im neuen Jahr

wird hervorgehoben, dass gerade die Schüler_innen mit emotional-sozialen Problemen große Anforderungen an die Klasse und an die Lehrkräfte stellen. Die Schlussfolgerung nach diesem Zwischenbericht darf nicht heißen, dass wir die Statistik optimieren und klarere Regeln der Diagnose festlegen, sondern vorbeugend müssen mehr Erzieher_innen-, Sozial- und Sonderpädagog_innen beschäftigt werden. Unsere Bilanz ist zum Halbjahreswechsel geplant.

zwingt die Kolleg_innen häufig dazu, einen Zweitjob anzunehmen, um den Familienlebensunterhalt abzusichern. Eine AG aus Betroffenen im Rahmen der Fachgruppe Grundschulen hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Lage weiter öffentlich zu machen, um die BSB dazu zu bewegen, vernünftig zu entlohnen.

Wir werden unsere Anstrengungen und unseren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in allen Bildungseinrichtungen auch 2014 fortsetzen!